Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 9-10

Artikel: Wer stinkt soll zahlen : der Preis der sauberen Luft
Autor: Zimmermann, Rolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340767

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wer stinkt soll zahlen: Der Preis der sauberen Luft

Von Rolf Zimmermann

Für gesunde Luft und umweltgerechtes Wirtschaften: Dazu hat die SP Schweiz vor der Herbstsession der Eidgenössischen Räte den Medien ein Thesenpapier für eine umfassende Luftreinhaltepolitik vorgestellt. Nicht mehr Verbote und Gebote allein sollen unsere Luft wieder sauber machen. Wir müssen mit wirtschaftlichen Anreizen die Verursacher von ihrer Umweltbelastung wegbringen. Das heisst, wer die Natur ausbeutet und die Luft verdreckt, muss den dafür errechneten Preis zahlen und wird diese Zusatzkosten so schnell wie möglich mit betrieblichen oder verbrauchsmindernden Massnahmen einsparen wollen. Die SP will sich dafür einsetzen, dass die Umwelt auch ihren Marktpreis hat.

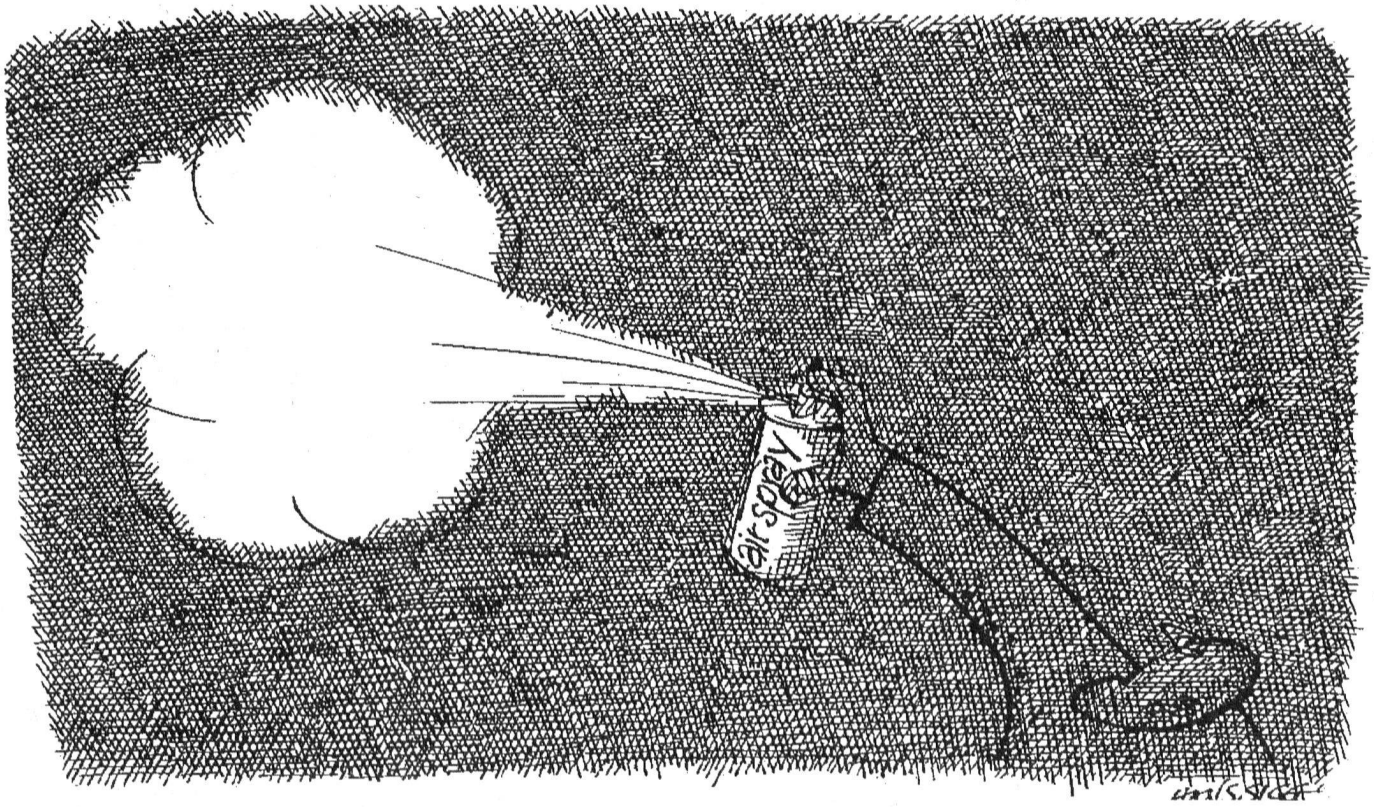
Mit dem Thesenpapier will sie aber auch endlich die Luftreinhalte- mit der Energiepolitik verbinden und darüber hinaus eine ökologische Wirtschafts- und Finanzpolitik einleiten. Die SP Schweiz ist davon überzeugt, dass wir die vielen brennenden Probleme die sich der schweizerischen und der internationalen Politik stellen nur mit ganzheitlichen und bereichsübergreiffenden Antworten Lösungen beikommen können. Alle einschlägigen Berichte und Studien zeigen es: Die Lösung der Luftreinhalteprobleme ist mit Reinigungstechniken allein nicht mehr machbar. Wir müssen vielmehr den Verbrauch fossiler Treib- und Brennstoffe senken. Wir müssen dafür endlich unsere luftreinhaltepolitischen Ziele mit den Sparzielen der Energiepolitik verbinden. Nur so wird es gelingen, dem längerfristigen Lufthygiene-Problem Nr.1, dem Kohlendioxid (CO_2), mit seinem Treibhauseffekt und dem drohenden Klimakollaps, zu begegnen. Wir wollen nicht erst in letzter Minute mit Notrecht und Krisenmanagement reagieren. Vielmehr gilt es heute die Schadstoffbelastung der Schweizer Luft herabzusetzen.

Jetzt sind Taten nötig

Auch der Bundesrat hat sich nach jahrelangem Zögern am 23. August 1989 zu einer neuen luftreinhaltepolitischen Marschrichtung durchgerungen, welche den Problemen angepasst ist. Gerade weil die Landesregierung jetzt zumindest absichtsweise früheren Vorschlägen der SP Schweiz und von Umweltverbänden entgegenkommt, erwarten wir nun raschmöglichst verbindliche Beschlüsse und Anträge. Der Zeit der dicken Berichte und Studien muss jetzt die Zeit konkreter Lenkungsmassnahmen folgen, die ein allmählich ökologisch erneuerte Wirtschaft bringen.
In der Luftreinhaltepolitik bringen Einzeleingriffe zu wenig. Deshalb verlangen wir eine ganzheitliche Luftreinhaltepolitik, die mit gesamthaft wirkenden und global steuernden marktwirtschaftlichen Instrumenten bessere Bedingungen für Natur, Umwelt und unsere Gesundheit schaffen. Zwar haben wissenschaftliche Studien der letzten Jahre immer wieder für eine umfassende Politik plädiert. Aber die bisher abwartende Haltung des Bundesrates hat verunsichert und die Umweltpolitik allzusehr dem Hick-Hack einseitiger Interessengruppen ausgeliefert.

Neue Ziele der Wirtschaftspolitik

Politisch handeln heisst für uns nicht einfach, den Gürtel enger schnallen, sondern vorsorgen. Das heisst, mit politischen Vorgaben sind wirtschaftliche und technische Innovationen auszulösen, so dass in Zukunft unsere Lebens- und Produktionsweise weniger risikobehaftet sein wird. Umweltpolitik soll aktive Wirtschaftspolitik sein, bei der das ökologisch Notwendige zur ökonomischen Motivation führt. Schutz und Wiederherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen müssen genauso wie Preisstabilität oder Vollbeschäftigung Ziele der Wirtschaftspolitik sein. Eine ökonomisch ausgerichtete Umweltpolitik muss deshalb an den richtigen Stellen die erforderlichen Investitionen unterstützen, um weniger Ressourcenverschleiss, weniger Emissionen, weniger Abfälle und dadurch deutlich geringere Umwelt- und Gesundheitsrisiken zu bewirken.



Verursacher zur Kasse

Luft, Boden, Gewässer und Landschaft sind nicht gratis, sind keine Wegwerfprodukte. Auch der Produktionsfaktor Umwelt hat (neben Arbeit und Kapital) seinen Preis. Heute zahlen ihn alle, in Form von Schäden, Gesundheits- und Reparaturkosten. Die SP Schweiz will eine Politik, die Umweltkosten internalisiert, also dem Verursacher direkt mit einem vom Staat festgelegten vorsorglichen Preis für verbrauchte Umweltgüter belastet. Alles, was der natürlichen Umwelt schadet, soll Geld kosten und alles, was ihr nützt, Geld einbringen. Oekologisch vorsorgliches Verhalten soll sich auch für die einzelnen Wirtschaftsubjekte auszahlen. Wir können aus sozialdemokratischer Tradition und Erfahrung sagen, dass die konsequente Politik der Vorsorge in den letzten 50 Jahren die soziale Not entscheidend gelindert hat. Bei der Umwelt wird die ökologische Vorsorge ebenso wirken.
Wir fassen die wichtigsten Forderungen des 21 Thesen umfassenden SP-Papiers nachstehend zusammen:

Marktpreise für Umweltgüter

Eine umfassende Umweltpolitik kann nicht nur auf Verboten und Geboten basieren, sie muss auch systematisch auf wirtschaftliche Entscheide einwirken. Sobald die Umweltkosten auch konkret in der Betriebsbuchhaltung erscheinen, wird sie die Firmenleitung durch entsprechendes Handeln zu senken und so die Umweltbelastung vermindern wollen.

Die SP Schweiz verlangt deshalb folgende Massnahmen:

- Wir wollen kurzfristig die heute fixen Kosten des motorisierten Verkehrs (Steuer und Versicherung) leistungsabhängig erheben. Volkswirtschaftlich steigen dadurch die Kosten nicht, sie verteilen sich aber je nach Treibstoff- oder Kilometerverbrauch unterschiedlich auf die Verursacher.

- Mittelfristig wollen wir eine ökologische Energie-Abgabe für nicht erneuerbare Energieträger und die Hydroelektrizität. Mit den Erträgen sind u.a. umweltfreundliche Energiesysteme zu fördern.

- Im Verkehrsbereich erwarten wir vom Bundesrat, dass er seine Absichtserklärung speditiv erfüllt und rasch ein fahrleistungsabhängiges, sozial- und randregionenverträgliches Bonus-Malus-Systems gemäss dem Modell "Oekobonus" vorlegt.

- Längerfristig (d.h. in 5 - 10 Jahren) will die SPS das schweizerische Steuersystem um das Modell Ressourcensteuer ergänzen. Die "Knappheit" der natürlichen Ressourcen wie Luft, Wasser, Boden, Landschaft, Rohstoffe muss sich in ihrem "Preis" niederschlagen. Die Steuerlast sollte v.a. vom Konsum weg schrittweise auf Rohstoffe, Energie und Umweltbelastung umgelegt werden.

Ein neues Instrumentarium

Die in der Luftreinhalte-Verordnung klar festgelegten Emissionsgrenzwerte (Ausstoss pro Anlage) und Immissionsgrenzwerte (Belastung der Umwelt) sind im Prinzip gut. Sie animieren aber nicht zu freiwilligen Zusatzleistungen und nehmen keine Rücksicht auf die unterschiedlichen Kosten, die sie auslösen. Weil zudem jede Neuanlage, auch wenn sie die Emissionsgrenzwerte einhält, die Immissionssituation insgesamt verschlechtert, müssen in den Belastungsgebieten die bereits bestehenden Betriebe laufend neuen und strengeren Vorschriften genügen. Die alteingesessenen Betriebe zahlen so für neue.

Die SP Schweiz verlangt deshalb folgende Massnahmen:

- Das Umweltschutzgesetz ist mit dem Instrument der Emissionsgutschriften zu ergänzen. Wer die Emissionsgrenzwerte freiwillig unterschreitet, erhält eine Emissionsgutschrift, welche für andere Anlagen käuflich ist. Der Bundesrat soll die Kompetenz erhalten, analog Emissionsverbünde zu bewilligen.

- Um bestehende Anlagen wegen Immissionen von Neuanlagen nicht ständig mit neuen Vorschriften zu behindern, sind Neue nur zu bewilligen, wenn sie für ihre Emissionen die entsprechenden Gutschriften auf dem Markt "erworben" haben oder an einem Emissionsverbund beteiligt sind.

Güter auf die Bahn

Die Katalysatortechnik bei den Personenfahrzeugen bewirkt, dass in den 90er-Jahren der Lastwagenverkehr zum Hauptverursacher der verkehrsbedingten NOx-Belastung wird. Eine umweltorientierte Güterverkehrspolitik muss das Verkehrswachstum einschränken und insbesondere den Schienenverkehr fördern und attraktivieren.
Wegen der 28-Tonnen-Limite sowie dem Nacht- bzw. Sonntagsfahrverbot ist heute der Nord-Süd-Gütertransitverkehr durch die Schweiz zu mehr als 90% auf der Schiene. Im Güterbinnenverkehr, der 4/5 der Tonnagen (also 80%) des gesamten Schwerverkehrs ausmacht, dominiert demgegenüber die Strasse mit 90% der transportierten Tonnagen eindeutig.

Die SP Schweiz verlangt deshalb folgende Massnahmen:

- Der Bundesrat muss sofort die Abgasemissionsvorschriften für die schweren Motorwagen verschärfen. - Für 1994 wollen wir eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe, die häufige Fahrten über lange Distanzen deutlich mehr belastet als Fahrten im Nahbereich zur Feinverteilung.

- Kein Ausbau des übergeordneten Strassennetzes: Den Bau einer zweiten Gotthard-Tunnelröhre, den Ausbau der San-Bernardino-Route und irgendwelche 40-Tonnen-Korridore lehnen wir ab.

- Wir unterstützen den grosszügigen und raschen Ausbau der Schienentransitachsen und wollen einen weiträumig geförderten Kombiverkehr (mit Containern), der sich auf ein Logistik-Netz in ganz Europa abstützt. Informatik und Automatik bieten auch dem Binnengüterverkehr gute Voraussetzungen für unkonventionelle Zusammenarbeitsmodelle von Strasse und Schiene bis in die Randregionen. Die SBB müssen das Projekt "Cargo 2000" beschleunigen.

Agglomerationsverkehr

Nicht nur für mehr saubere Luft, sondern auch für weniger Lärm, weniger Flächenverschleiss, weniger Verkehrstote, städtebauliche Wiedergutmachung und gesamtwirtschaftliche Kostensenkung brauchen wir eine neue Verkehrskultur mit Niedriggeschwindigkeitsszenarien.

Die SP Schweiz verlangt deshalb folgende Massnahmen:

- Der Bund soll die verkehrsrechtlichen Kompetenzen soweit an die Kantone und Gemeinden übertragen, dass sie ihren Problemen gemäss und unbürokratisch z.B. flächendeckend tiefere Tempolimiten oder Verkehrsberuhigungen beschliessen können. Dazu gehört auch die Verminderung des Parkplatzangebots und zusätzliche Finanzierung des öffentlichen Agglomerationsverkehrs mit Treibstoffzollgeldern.

Gegen den Klimakollaps

Bei der Diskussion der Problematik Lufthygiene und Energie wollen wir ganzheitlich und in Gesamtkonzeptionen denken. Die grösste Gefahr ist heute die weltweite Klimaveränderung wegen mehr Kohlendioxid (CO_2), Spraygasen und anderer Stoffe in den verschiedenen Schichten der Atmosphäre. Die Lösung ist hier eine rationelle Energienutzung.

Die SP Schweiz verlangt deshalb folgende Massnahmen:

- Dringend nötig sind wissenschaftlich erarbeitete Grundlagen zur CO_2-Problematik, welche ein dem Luftreinhalte-Konzept vergleichbares Massnahmenpaket ermöglichen, um den Verbrauch fossiler Energieträger vermindern. Ein griffiger Bundesbeschluss ist überfällig.

Für Interessentinnen und Interessenten ist das SPS-Thesen-Standpunktpapier "Gesunde Luft und umweltgerechtes Wirtschaften" auf dem Zentralsekretariat der SPS, Postfach 7876, 3001 Bern